

**Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Errichtung und Beaufsichtigung von
Stiftungen durch die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz
der Freien und Hansestadt Hamburg
(Stiftungsaufsicht)**

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die

Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Hamburg
- Stiftungsaufsicht -
Drehbahn 36
20354 Hamburg
Tel.: 040-42843-5246/-5275
Fax: 040-4273-13255
stiftung@justiz.hamburg.de

Der Datenschutzbeauftragte der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz ist erreichbar unter:

Drehbahn 36
20354 Hamburg
E-Mail: jbdatenschutz@justiz.hamburg.de

Ihre Daten werden für Zwecke der Durchführung eines Verwaltungsverfahrens zur Anerkennung einer Stiftung sowie zu Zwecken der Aufsicht über diese Stiftung verarbeitet. Nach Abschluss des Verwaltungsverfahrens werden Ihre Daten für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke bis zum Ablauf der für die jeweilige Aufgabenerfüllung bestehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfrist nach Maßgabe der für das Archivwesen geltenden gesetzlichen Bestimmungen aufbewahrt.

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) und e) sowie Art. 9 Abs. 2 Buchst. e), f), g) der Verordnung (EU) 2016/679 (DS-GVO), das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), das Hamburgische Stiftungsgesetz (HmbStiftG), sowie das Hamburgische Datenschutzgesetz (HmbDSG).

Ihre personenbezogenen Daten werden im Zuge des Verfahrens weitergegeben an

- die Öffentlichkeit im Rahmen des Stiftungsverzeichnisses
- andere Behörden und Gerichte im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen
- die von der Justizverwaltung im Rahmen des Erforderlichen eingesetzten IT-Dienstleister.

Wenn im jeweiligen Einzelfall die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, haben Sie nach der Datenschutz-Grundverordnung folgende Rechte:

- Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DS-GVO)
- Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DS-GVO)
- Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DS-GVO)
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)
- Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO).

In den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder des Landes Hamburg kann vorgesehen sein, dass die nach der Datenschutz-Grundverordnung bestehenden Rechte beschränkt werden (Art. 23 DS-GVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stiftungsaufsicht, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür im Einzelfall erfüllt sind.

Es besteht ein Beschwerderecht beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Ludwig-Erhard-Str. 22, 20459 Hamburg).